Anfrage SPÖ - eingelangt: 3.5.2022 - Zahl: 29.01.287

LAbg. Manuela Auer
Raiffeisenstraße 48/9, 6700 Bludenz

Frau Landesstatthalterin
Dr. Barbara Schöbi-Fink
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 03. Mai 2022

Perspektiven der Politischen Bildung in Vorarlberg

Sehr geehrte Frau Landesstatthalterin,

Die Vorarlberger Landesregierung hat in ihrem Arbeitsprogramm 2019 – 2024 festgehalten, dass sie an die Bundesregierung mit dem Ziel der Einführung eines eigenständigen Pflichtfachs „Politische Bildung“ ab der 5. Schulstufe herantreten werde. Damit wurde immerhin zum Ausdruck gebracht, dass politische Bildung ein Anliegen sei. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion teilt dieses Anliegen. Leider ist aber bislang weder von einer Umsetzung dieses „Herantretens“ noch von einer tatsächlichen Einführung eines solchen Pflichtfachs etwas zu erfahren.

Der Wunsch nach einer Aufwertung der politischen Bildung wird auch immer wieder von der Landesschüler:innenvertretung vorgetragen. Wie dringend notwendig das ist, zeigen Ergebnisse von Umfragen aus jüngster Zeit.[1] Da wird bestätigt, dass viele Menschen weitgehend unzufrieden mit der Politik und ihrer überdrüssig sind. 44 Prozent sagen, dass sie von einem politischen Engagement eher abraten würden.

Besonders bedenklich ist zudem, dass Österreich laut dem aktuellen Demokratie-Index nicht mehr als liberale Demokratie gilt. Fehlende Transparenz und Korruptionsskandale veranlassten laut den Expert:innen die Abstufung Österreichs auf den Status einer „Wahldemokratie“.[2]

Es ist kein Wunder, dass derartige Entwicklungen auch deutliche Spuren im Vertrauen der Bürger:innen in staatliche und demokratische Einrichtungen zur Folge haben. Skandale wie die Inseratenaffäre des ÖVP-Wirtschaftsbundes sind für alle Bürger:innen ein Beleg, dass solche Machenschaften nicht von ein paar wenigen Einzelpersonen betrieben werden, sondern durchaus System haben. Die Demokratieforscherin Tamara Ehs bringt es mit folgendem Satz auf den Punkt: „Ein korruptes System kann der Demokratie mehr schaden als ein Einzelner, der sich unredlich verhält.“[3]

---

[1] https://www.derstandard.at/story/2000133624428/umfrage-zeigt-tiefes-misstrauen-in-die-gesamte-politik (Zugriff 2.5.2022)
[2] https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf (Zugriff 2.5.2022)
[3] Demokratieforscherin Tamara Ehs in den Salzburger Nachrichten vom 15.10.2021

LAbg. Manuela Auer
Raiffeisenstraße 48/9, 6700 Bludenz

Umso mehr verwundert folgender Sachverhalt: Zu den „Aktionstagen Politische Bildung“ – die vom 23. April („Welttag des Buches“) bis zum „Europatag“ am 9. Mai ausgerufen wurden – werden in allen Bundesländern Aktivitäten beigetragen, nur in Vorarlberg ist weder von der Pädagogischen Hochschule noch von der Bildungsdirektion oder einer anderen Institution ein Beitrag zu finden.

Um die Bedeutung politischer Bildung in der Öffentlichkeit und eine von der Gesamtgesellschaft getragene Verantwortung für die Demokratie auch in Vorarlberg zu unterstreichen, ist ein großes Engagement auch der Vorarlberger Landesregierung sowie aller Bildungsanstalten erforderlich.

Aus diesen Gründen richte ich gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

A n f r a g e

an Sie:

1. Wann wurde das Versprechen im Arbeitsprogramm der Vorarlberger Landesregierung, an die Bundesregierung mit dem Ziel der Einführung eines eigenständigen Pflichtfachs „Politische Bildung“ ab der 5. Schulstufe heranzutreten, eingelöst?

2. Welche Ergebnisse hatte dieses „Herantreten“?

3. In welcher Form findet „Politische Bildung“ in den Schulen Vorarlbergs derzeit statt? (Bitte um eine Auflistung von Aktivitäten mit Inhalt, Ort und Daten)

4. Was werden Sie unternehmen, um das schwindende Vertrauen in die Demokratie wegen diverser Korruptionsskandale wieder zu festigen?

LAbg. Manuela Auer

Beantwortet: 24.5.2022 – Zahl: 29.01.287

Landesstatthalterin
Dr. Barbara Schöbi-Fink

Vorarlberg
unser Land

An die Landtagsabgeordnete
Manuela Auer
SPÖ
im Wege der Landtagsdirektion
6900 Bregenz

Bregenz, am 24. Mai 2022

Betreff: Perspektiven der Politischen Bildung in Vorarlberg
Anfrage vom 03.05.2022, Zl. 29.01.287

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages beantworte ich wie folgt:

Zunächst ist in aller Klarheit festzuhalten, dass Politische Bildung in allen Schularten wesentliche Bedeutung hat. Dies geschieht in verschiedenen Formen. Allein die Existenz eines Pflichtfachs Politische Bildung sagt noch relativ wenig über Interesse und Partizipation an Politik aus. Es liegt vielmehr am Engagement der einzelnen Lehrpersonen und dieses ist durchwegs, wie die Auflistung an Aktivitäten zeigt, ein sehr hohes. Einen Konnex zwischen mangelndem Vertrauen in die Politik, fehlende Transparenz, Korruption etc. und der Politischen Bildung an Schulen herzustellen, ist mehr als verfroren.

1. **Wann wurde das Versprechen im Arbeitsprogramm der Vorarlberger Landesregierung, an die Bundesregierung mit dem Ziel der Einführung eines eigenständigen Pflichtfachs „Politische Bildung“ ab der 5. Schulstufe heranzutreten, eingelöst?**
2. **Welche Ergebnisse hatte dieses „Herantreten“?**

Die Anfrage an den Bund mit der Anregung zur Einführung des Pflichtfaches „Politische Bildung“ erging am 08.07.2020. Beiliegend finden Sie das Antwortschreiben des damaligen Bildungsministers, Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, vom 17.09.2020, ZI: 2020-0.486.994.

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at | DVR 0058751
barbara.schoebi-fink@vorarlberg.at | T +43 5574 511 27000 | F +43 5574 511 927000

Es wurde darüber hinaus mehrfach an die Bundesregierung herangetreten, ein eigenständiges Pflichtfach einzuführen. Durch den Grundsatzerlass für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung und insbesondere auch die Adaptierung der Lehrpläne ist Politische Bildung umfassend verankert. Die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs, sofern es nicht schon verankert ist wie in der Berufsschule, würde die Reduktion von Stunden in anderen Fächern erforderlich machen.

3. **In welcher Form findet „Politische Bildung" in den Schulen Vorarlbergs derzeit statt? (Bitte um eine Auflistung von Aktivitäten mit Inhalt, Ort und Daten)**

Politische Bildung ist in allen Schulen unterschiedlich verankert, es hat jedenfalls in allen Schularten und allen Schulstufen große Bedeutung:

1. als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder als Kombinationsfach
2. im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der Schüler/innen
3. als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen

Grundlagen, Ziele und Umsetzung der Politischen Bildung in Schulen sind im Grundsatzerlass für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung dargelegt, der auch als Richtlinie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen gilt.

In der Berufsschule wird Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach geführt. An den AHS-Oberstufen wird Politische Bildung im Rahmen des Fachs „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung" unterrichtet, an den BMHS ist sie in verschiedenen Kombinationen mit Recht, Geschichte, Zeitgeschichte oder Geografie zu finden. In der Volksschule ist Politische Bildung in den Sachunterricht integriert. Im aktuell gültigen Lehrplan der Sekundarstufe I für „Geschichte und Politische Bildung" ist die Politische Bildung in mehreren Pflichtmodulen von der 6. bis zur 8. Schulstufe fest verankert. Durch seinen modulartigen und kompetenzorientierten Aufbau bietet der Lehrplan die ideale Möglichkeit, Politische Bildung gut umzusetzen. An den Polytechnischen Schulen ist im Zuge des Lehrplanes NEU (Frühjahr 2020) das Unterrichtsfach „Politische Bildung, Wirtschaft und Ökologie" entstanden.

Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen der Politischen Bildung nicht nur über das Zusammenleben und die politischen Zusammenhänge in der Gesellschaft auf allen Ebenen (Gemeinde, Land, Bund, Europäische Union) informiert werden, sondern auch lernen, selbst Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Dazu werden auf schulautonomer Ebene wertvolle Projekte, Veranstaltungen und Kooperationen mit außerschulischen Personen und Institutionen (Politik, Interessensvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen, Medien etc.) durchgeführt, die die Vermittlung der Lehrplaninhalte unterstützen und die Kinder und Jugendlichen gezielt einbinden. Eine Auflistung aller Einzelprojekte an allen 290 Schulen in Vorarlberg ist nicht möglich, exemplarisch können aber folgende Initiativen genannt werden:

- EuropaQuiz – Quiz Politische Bildung: Möglichkeit der Teilnahme für alle Schulen der Sekundarstufe I und II – in diesem Jahr haben 14 Schulen in Vorarlberg teilgenommen.
- Teilnahme des BORG Egg am österreichischen Jugendparlament im November 2021 nach erfolgreichem Wettbewerb.
- Lehrlingsparlament mit Lehrlingen aus ganz Österreich, unterstützt u.a. durch die Buchdruckerei Lustenau und die Stadt Dornbirn.
- Ausstellungen zu diversen Themen an unterschiedlichen Schulen, z.B. Europa-Ausstellung von EUROPE DIRECT Vorarlberg.
- Austauschprojekte für Schulklassen, z.B. von EUROPE DIRECT Vorarlberg im Herbst 2021 zwischen dem BG Lustenau und dem Anna-Essinger-Gymnasium in Ulm.
- Im Rahmen der „Aktionstage Politische Bildung“ hat es neben diversen Online-Angeboten auch konkrete Angebote in Vorarlberg gegeben, über die sogar medial berichtet wurde. Am 28.04.2022 konnten Schulklassen beim Weltklimaspiel im Bregenzer Festspielhaus teilnehmen: https://www.humanrights.at/aktionstage/hospitation-weltklimaspiel/. Beim „Treffpunkt Europa“ am 12.05.2022 in Rankweil diskutierten Schulklassen ab der 10. Schulstufe zum Thema „Europäisches Jahr der Jugend“ (ausgebucht).
- Diverse Workshops von externen Anbietern wie z.B. Amazone, Young Caritas, erinnern.at.
- „Zeitung in der Schule“: Projekt des Vorarlberger Landtags und der Bildungsdirektion mit dem Vorarlberger Medienhaus, bei dem vor allem die Informations- und Medienkompetenz geübt wird.
- Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden für Schulklassen, v.a. im Vorfeld von Wahlen (Klartext, FrageRaumPolitik, Zukunftscafé Europa).
- Teilnahme von Schulklassen an öffentlich zugänglichen Sitzungen, z.B. im Vorarlberger Landtag.
- Wien- und Projektwochen: Besuch des Nationalrats, Gespräche mit Vorarlberger Parlamentarier/innen.
- Initiativen auf Gemeindeebene: Regelmäßige Aktivitäten der Stadt Dornbirn wie etwa Klassensprecher/innen-Treffen (Schüler/innen lernen die Grenzen und Möglichkeiten der Stadtpolitik kennen), Schüler/innen-Fachtagung (Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren nehmen an Workshops zu Mobbing, Safer Internet und Anti-Rassismus teil), Kompetenzfrühstück für Aufgeweckte (Jugendliche diskutieren mit Experten aktuelle Fragen rund um Demokratie, Medien und Wahlen), Lange Nacht der Partizipation (regionale bis internationale Beteiligungsprojekte werden präsentiert und diskutiert), Mitbestimmung bei Stadt- und Projektentwicklung (z.B. Skaterplatz, Mädchentreff, Mobilitätskonzept).
- Demnächst startet in Dornbirn ein zweijähriger Schulentwicklungsprozess zum Thema Demokratisierung in der Schule als Pilotprojekt des Landes Vorarlberg.
- Jährliches Vernetzungstreffen für Lehrpersonen der Sekundarstufe I und II im Fach „Geschichte und Politische Bildung“ mit Informationen über aktuelle Entwicklungen

(Lehrplan, EuropaQuiz, Fortbildungen) und Möglichkeiten zum schulübergreifenden Austausch.

- Regelmäßige Fortbildungen an der PH Vorarlberg, Lehrgang „Politische Bildung kompetenzorientiert“ in Kooperation von KPH Edith Stein, PH Vorarlberg und dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck.

Der Grundsatzerlass legt außerdem fest, dass Schule auch ein Ort sein soll, an dem demokratisches Handeln geübt und gelebt wird. Kinder und Jugendliche sollen möglichst früh erfahren, dass sie nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern dass jeder und jede Einzelne durch aktives Engagement Veränderung bewirken kann. Dies geschieht zum einen über die gesetzlichen Organe der Schulgemeinschaft (Klassenforum, Schulforum, Schulgemeinschaftsausschuss, Schülervertretung), zum anderen aber auch über die Mitgestaltung der Schule und des Unterrichts durch Kinder und Jugendliche im Rahmen von Klassenräten oder eines Schulparlaments. Die jährlichen Klassen- bzw. Schulsprecher/innen-wahlen finden an vielen Schulen vor dem Hintergrund einer Lerneinheit über Demokratie statt.

4. **Was werden Sie unternehmen, um das schwindende Vertrauen in die Demokratie wegen diverser Korruptionsskandale wieder zu festigen?**

Die verschiedenen Vorwürfe werden derzeit seitens der zuständigen Einrichtungen geprüft und müssen selbstverständlich sorgfältig aufgearbeitet werden. Jede/r Einzelne trägt Verantwortung für ihr/sein Handeln in der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere auch für Abgeordnete von Bundes- und Landesparlamenten, die besondere Vorbildwirkung haben. Das Elternhaus und die Schule können einen wertvollen Beitrag leisten, bei den jungen Menschen Verantwortungsbewusstsein zu wecken und sie darin zu stärken. Die Auflistung in Frage drei zeigt, wie groß die Bemühungen im Schulbereich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Schöbi-Fink

Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

bmbwf.gv.at

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Bundesminister

Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Frau Landesstatthalterin
Dr.in Barbara Schöbi-Fink
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus - Römerstraße 15
6901 Bregenz

land@vorarlberg.at

Geschäftszahl: 2020-0.486.994

Ihr Zeichen: IIa-11-2/2019-54

Wien, 17. September 2020

Sehr geehrte Frau Landesstatthalterin Dr.in Schöbi-Fink,

Ihr an den Herrn Bundeskanzler gerichtetes Schreiben vom 8. Juli 2020 über eine Entschließung des Vorarlberger Landtages vom 13. Mai 2020 betreffend „Lehrpläne modernisieren – Politische Bildung und Medienkunde als Pflichtfach einführen; Vermittlung der Grundlagen unseres Staates intensivieren", das entsprechend der an Sie ergangenen Note des Bundeskanzleramtes-Ministerratsdienst vom 29. Juli 2020, GZ 2020-0.444.466, dem Ministerrat in der Sitzung am 29. Juli 2020 zur Kenntnis gebracht worden ist, wurde in Folge an mich zur weiteren Behandlung abgetreten.

Ich begrüße das Interesse und Engagement des Vorarlberger Landtages in Belangen der Politischen Bildung in Schulen sehr. Auch mir ist es wichtig, dass die jungen Menschen in Österreich gut über das Zusammenwirken und die Kompetenzverteilung zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bund Bescheid wissen und sich im Klaren über die Vor- und Nachteile unseres föderalen Systems sind. Mündiges politisches Denken und Handeln bedingt im föderalen Kontext, die Gestaltungsspielräume von Ländern und Gemeinden zu kennen und konkrete Verantwortlichkeiten benennen zu können.

Was die Forderung nach einem Unterrichtsfach „Politische Bildung und Medienkunde" als Pflichtfach ab der 5. Schulstufe betrifft, so möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass im Herbst 2018 in der Sekundarstufe I die Verbindliche Übung „Digitale Grundbildung" eingeführt wurde. Diese umfasst digitale Kompetenz, Medienkompetenz sowie politische Kompetenzen. Der Lehrstoff im Bereich der Medienbildung umfasst u.a. „Gesellschaftliche Aspekte von Medienwandel und Digitalisierung" und „Informations-, Daten- und Medienkompetenz".

Im Rahmen der Überarbeitung der Lehrpläne der Sekundarstufe I (Lehrplan 2020) und der darauffolgenden Anpassung von Lehrplänen für die Sekundarstufe II wird der Politischen Bildung und der Medienkunde ein deutlich größeres Augenmerk geschenkt werden als bisher. Mit der Verankerung von fächerübergreifenden Kompetenzen werden insbesondere auch die Politische Bildung sowie die Medienkunde gestärkt.

Zum Forderungspunkt nach einer konkreten Vermittlung der bundesstaatlichen Grundordnung und deren gesellschaftspolitischer Bedeutung für Österreich darf ich darauf hinweisen, dass sowohl im Unterrichtsgegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung" als auch in „Geographie und Wirtschaftskunde" Aufgaben der unterschiedlichen politischen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) repräsentiert sind. Durch das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung" wird das Zusammenwirken der Lehrpläne in den Unterrichtsgegenständen auch im Hinblick auf die angesprochenen Themen zur Europäischen Union und zum politischen System in Österreich unterstützt.

Dabei wird auf die Länder und Gemeinden bereits im derzeit explizit Bezug genommen. Im Lehrplan der 8. Schulstufe („Modul 8: Politische Mitbestimmung" der Lehrplans GSK/PB Sek I 2016) beispielsweise heißt es unter anderem: „Räume, Möglichkeiten und Strategien der politischen Mitbestimmung erklären und bewerten: Institutionen (EU-/Parlament, Landtag, Gemeinderat), Interessenvertretungen (politische Parteien, Kammern, Gewerkschaften, Jugendvertretung sowie Schülerinnen- und Schülervertretung; frauenpolitische Organisationen) sowie Aktionen der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum."

Die Vermittlung wird durch didaktische Materialien unterstützt, die Lehrkräften in der Aus-, Fort- und Weiterbildung kostenfrei zur Verfügung stehen. Exemplarisch kann das Dossier „Landtage und Landtagswahlen" genannt werden (https://fdzgeschichte.univie.ac.at/publikationen/hpb-historische-politische-bildung/hpb1/), ebenso relevant sind etwa Publikationen wie „Recht und Politik" (polis aktuell 2018/01: www.politik-lernen.at/pa_rechtundpolitik) oder „Die Verfassung – unsere demokratische Basis" (Informationen zur Politischen Bildung Band 46: www.politischebildung.com/?Sel=494)).

Die Orientierung an der unmittelbaren Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen hat in diesem Zusammenhang einen hohen Stellenwert, weshalb der kommunalen und regionalen Ebene eine wichtige Rolle zukommt. Die Befassung mit den Möglichkeiten für politisches Handeln ist daher auch im derzeit in Bearbeitung befindlichen Lehrplan für die Sekundarstufe I (Lehrplan 2020) vorgesehen (Gesellschaftliche und politische Partizipation in der eigenen Lebenswelt; Ebenen des politischen Handelns – Gemeinde, Land, Bund, EU – und deren Auswirkungen auf die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler).

Betreffend die Ausgestaltung der Lehrpläne wird angemerkt, dass letztlich auch im Bereich der Politischen Bildung die Lernergebnisse bzw. erreichten Kompetenzen ausschlaggebend für den Bildungserfolg sind. Die bundesweiten Maßnahmen sind deshalb auch meiner

Ansicht nach im Wechselspiel mit der Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit der Landtage und der Gemeinden zu sehen. Die Realbegegnungen durch öffentlich zugängliche Sitzungen, durch Sprechstunden für Schulklassen und durch diverse Bildungsangebote machen für Schülerinnen und Schüler die Relevanz politischer Bildung in ihrer unmittelbaren Lebenswelt erfahrbar. Gerade Realbegegnungen vertiefen das politische Wissen über die Landesebene, über die bundesstaatliche Grundordnung und deren Stellenwert sowie über individuelle Handlungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene nachhaltig. Auf diese Wiese wird die informierte Teilhabe auf den verschiedenen politischen Ebenen ebenso wirksam gefördert wie das Wissen um föderale Zusammenhänge und politische Verantwortlichkeiten und Entscheidungsstrukturen.

Hinsichtlich der Sicherstellung der politischen Neutralität im Zuge der Vermittlung der Politischen Bildung – etwa durch den Einsatz verschiedener Lehrpersonen – wird auf die Grundvoraussetzung im Sinne der Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses hingewiesen. Demgemäß sind die Lehrkräfte zu folgenden drei Punkten bei der Vermittlung Politischer Bildung verpflichtet:

- Schülerorientierung: Anknüpfen an deren Lebenswelten und hinführen zu politischen Handlungsmöglichkeiten.
- Kontroversitätsgebot: Alles, was in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, ist auch im Unterricht abzubilden, damit die Lernenden in die Situation versetzt werden, sich selbst eine eigene, begründete Meinung zu bilden.
- Überwältigungsverbot: Lehrkräfte dürfen ihre Position im Unterricht nicht dazu nützen, Schülerinnen und Schülern ihre Lehrersicht aufzuzwingen und sie mit ihren eigenen Haltungen zu überwältigen. Sollte es unvermeidlich sein, dass Lehrkräfte Stellung beziehen müssen, so muss gewährleistet sein, dass sich Schülerinnen und Schüler von diesen Haltungen distanzieren können, ohne dass weder Schülerinnen und Schüler noch Lehrkräfte deswegen diskreditiert werden.

Der Vorschlag eines „Drehtürenmodells" birgt zwar den Reiz, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Zugängen zu konfrontieren. Es unterbricht damit aber kontinuierliche Unterrichtsarbeit und unterstellt gleichzeitig allen Lehrkräften, dass sie die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses missachten würden bzw. nicht einhalten können. Ich halte die Diskussion unterschiedlicher politischer Modelle und Konzepte im Unterricht für wichtig und unterstütze den Pluralismus in der Unterrichtsgestaltung, bin bezüglich starrer Vorgaben zum regelmäßigen Wechsel von Lehrkräften jedoch skeptisch und vertraue hier durchaus auf die Professionalität unserer Lehrkräfte.

Mit besten Grüßen